

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 5

Artikel: Politischer Preiskampf in Polen
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094306>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politischer Preiskampf in Polen

Am 25. Februar hat die polnische Regierung die Preiserhöhungen zurückgenommen, die sie zu Beginn des Jahres angekündigt hatte. Damit ist das Regime einer Konfrontation mit der verbotenen Gewerkschaft Solidarnosc ausgewichen, auch wenn der Rückzieher natürlich anders begründet wurde.

Am 5. Januar hatte die polnische Regierung die längst erwarteten Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel um 12 Prozent angekündigt; verbunden mit einer kräftigen Kostensteigerung für Gas, Kohle und Elektrizität.

Ein Testfall für das Regime . . .

Dem war aus guten Gründen eine lang vorbereitete Propagandakampagne vorausgegangen. Wegen Preiserhöhungen sind in Polen schon zwei Parteichefs gestürzt worden, Gomulka im Dezember 1970 und Gierek im August 1980. Zwar gehören stille Teuerung und Inflation schon längst auch zum sozialistischen Alltag, aber jedesmal, wenn man an den subventio-

nierten Preisen für den Grundbedarf rührte, hatte das zu politischen Spannungen geführt.

Diesmal wollte die Partei auf sicher gehen und die Möglichkeit einer offenen Konfrontation mit dem Volk im vornherein ausschalten. Die Preiserhöhungen sollten einen erfolgreichen machtpolitischen Test für Jaruzelski und seine Leute darstellen und den Beweis erbringen, dass sie das Land unter Kontrolle hätten.

Indessen war der Zeitpunkt für das Regime nicht günstig. Der Popieluszko-Prozess hatte die wichtigste Stütze des Sozialismus blossgestellt, den Sicherheitsdienst. Zwar suchte das Regime den Prozess zu einem grossangelegten Angriff auf die Kirche umzufunktionieren, aber das erwies sich bei der polnischen Bevölkerung als kontraproduktiv. Die Machthaber, die durch das Verfahren ihre Glaubwürdigkeit hatten zurückgewinnen wollen, sabotierten sie mit ihren Umlenkungsmanövern praktisch selbst.

. . . und die Solidarnosc

Unter diesen Umständen wurde es klar, dass die zwar verbotene und verfolgte, dafür aber bei der Bevölkerung angesehene Gewerkschaft Solidarnosc den Kampf gegen die Preiserhö-

hungen offen aufnehmen würde, um es ihrerseits auf den Test ankommen zu lassen.

Bei den schlechten Einkommensverhältnissen in Polen hat ein Preisaufschlag auf Grundnahrungsmittel (und andere Mittel des Grundbedarfs) einen asozialen Charakter, wie «vernünftig» er sich nationalökonomisch auch begründen lässt. Die Solidarnosc wusste bei Protestaktionen die Bevölkerung auf ihrer Seite, und dies trotz aller polizeilichen und sonstigen Einschüchterungen.

Der Test der Solidarnosc bestand darin, einen Aufruf zu einem Warnstreik gegen die Preiserhöhung zu erlassen. Er sollte am 28. Februar stattfinden und 15 Minuten dauern.

Einschüchterung

Für das Regime galt es, das Zustandekommen dieser Protestaktion unter allen Umständen zu verhindern. Dabei ging es natürlich nicht um die 15 Minuten, sondern um das Prinzip. Das ganze letzte Jahr über hatte man verkündet, die Solidarnosc habe die Fähigkeit verloren, die Massen zu mobilisieren und könne sich mit der Ankündigung von öffentlichen Protestaktionen nur lächerlich machen. Man durfte sich nicht das Gegenteil beweisen lassen.



«Hier habe ich meine wichtigen Papiere . . .» («Polityka», Warschau, 3. 11. 1984)



Spruchband und Weg. («Polityka», 9. 2. 1985)

Rys. Malgorzata TABAKA



Dicke Luft für die Kommission zur Preisbestimmung. («Polityka», 2. 2. 1985)

Das Politbüro besprach die möglichen Folgen der Preiserhöhung. Man hielt eine Ausweitung des Warnstreiks nicht für ausgeschlossen. So beschloss das Politbüro formell die Rücknahme der Preiserhöhungen und erteilte dem Ministerrat entsprechende Weisungen.

Um das Gesicht zu wahren, wies man gleichzeitig auch die offiziellen «Gewerkschaften» an, sich ablehnend zu den Preiserhöhungen zu äußern. Das ermöglichte wenigstens einen geordneten Rückzug.

- Am 23. Februar sprach sich der Rat der «Gewerkschaften» gegen die Preiserhöhungen aus.
- Am 25. Februar kündigte Arbeitsminister Czeslaw Ciosek in einem TV-Interview eine «Überprüfung» der unbeliebten Massnahme an.
- Am 25. Februar nahm der Ministerrat die geplanten Preiserhöhungen zurück.
- Am 26. Februar nahm die Solidarnosc ihren Streikaufruf zurück.

So hat das Regime für dieses Mal nachgeben müssen. Die nächste Runde kommt bestimmt.

Bohdan Gorski

Briefe

So ging man gegen die Solidarnosc nicht nur im Rahmen eines neu entworfenen Propagandafeldzugs vor (der in Polen bei den Leuten nicht verfängt), sondern auch polizeilich.

Am 13. Februar verhaftete man in Danzig die drei angesehenen Gewerkschaftsexponenten Bogdan Lis, Wladyslaw Frasnikiuk und Adam Michnik. Unter Anklage gestellt wurde auch Lech Walesa. Der Sicherheitsdienst suchte ihn zu nötigen, im Interesse der verhafteten Kollegen den Streikaufruf zurückzunehmen.

Aber schon am 16. Februar wurde bekannt, dass Walesa sich nicht hatte erpressen lassen. Er legte eine schriftliche Erklärung vor, laut welcher er die ganze Verantwortung für die Tätigkeit der Verhafteten selbst übernehme. Dann führte er aus, Grausamkeit, Gewalt und Terror hätten das polnische Volk noch nie gebrochen.

Das Regime ergänzte seine Einschüchterungsmassnahmen durch Desinformationsunternehmen.

- Am 16. Februar wurde der SD-Agent Jacek Knapik im Fernsehen als «abgesprungenes Solidarnosc-Mitglied» vorgeführt.

- Am 17. und 18. Februar klagte der SD-Oberst Zbigniew Pudysz ebenfalls im Fernsehen die Solidarnosc des Hochverrats und der Zusammenarbeit mit dem CIA an.

Solche Dinge nimmt man in Polen ernst. Nicht wegen des Inhalts. Die Geschichten über imperialistische Verschwörungen sind ein alter Hut;

sie täuschen niemanden. Hingegen sind sie auch Vorwand für bevorstehende Terroraktionen, und dieses Indiz fürchtet man. Indessen hat sich gezeigt, dass das ominöse Mittel den Widerstand der Bevölkerung im konkreten Fall nicht zu brechen vermochte.

- Unter der Leitung der Solidarnosc-Vertreterin Anna Walentynowicz wurde in der Kirche Stare-Bierzany bei Krakau ein Hungerstreik durchgeführt. Als Protest gegen verschiedene Verurteilungen, Verhaftungen und Ausweisungen und vor allem als Protest gegen die angekündigte Preiserhöhung.

- Gedenkgottesdienste für Popieluszko fanden in seiner Pfarrkirche St. Stanislaw statt. Zehntausende von Personen nahmen teil.

- Die katholische Kirche liess einen Protestbrief gegen die Religionsverleumdung (im Zusammenhang mit dem Popieluszko-Prozess) in allen Kirchen verlesen.

Geordneter Rückzug

Bei dieser Trotzstimmung musste das Regime damit rechnen, dass die Protestaktionen der Solidarnosc gegen die Preiserhöhung keine Bagatelle darstellten. Zwar nannte der Regierungssprecher Jerzy Urban noch am 19. Februar Lech Walesa eine «lächerliche Figur», aber die Parteiführung beriet sich bereits über den Rückzug unter bestmöglicher Gesichtswahrung.

Polnisches Familienbudget ohne Kleider?

Zu «unserer» Darstellung des polnischen Familienbudgets in der letzten Nummer («Alltag drüben», S. 12) hat uns ein Leser gefragt, ob man in Polen die Bekleidung gratis abgebe oder ob dort die Leute alle unbedeutend herumliegen. Ein anderer Leser hat auch sonst die Lückenhaftigkeit und Undurchsichtigkeit der Tabelle beanstandet; es handle sich um eine Augenwischerei mit dem Zweck, ein Plus am Monatsende aufzuzeigen.

Die Beanstandung ist inhaltlich richtig. Die Zusammenstellung sieht keine Ausgaben für Kleider oder sonstige Anschaffungen vor, übrigens auch kein Feriengeld usw. Berücksichtigt sind offensichtlich nur jene Ausgaben, die jeden Monat getätigt werden. Die paar tausend Zloty (1 Zloty hat die Kaufkraft von 2 Rappen), die übrigbleiben, müssen für die «sonstigen» Ausgaben reichen.

Wir haben mit dieser Aufstellung deklariertweise eine polnische Darstellung («Express Wieczorny», Warschau, 25. 1. 1985) wiedergegeben, die im Zusammenhang mit der damals vorgesehenen und inzwischen zurückgenommenen Preiserhöhung veröffentlicht worden war. Weil wir auf die «Kleiderlücke» nicht aufmerksam gemacht haben, sind wir froh über Leser, die sie auch so entdeckt haben. cb